

Frankfurter Allgemeine
SONNTAGSZEITUNG

Tschüs, Deutschland

Von Carsten Germis

Deutschland wird zum Auswandererland. Vor allem junge, gut ausgebildete Menschen verlassen das Land. Politik und Öffentlichkeit nehmen das schulterzuckend zur Kenntnis. Es sind ja immer welche gegangen, warum also sollte man sich Sorgen machen?

Doch die Zahlen, die das Statistische Bundesamt dieser Tage vorgelegt hat, sind dramatisch. Noch nie in den vergangenen 50 Jahren haben so viele Deutsche ihre Heimat verlassen, um ihr Glück in der Ferne zu finden. Es gehen vor allem die Leistungsträger: Wissenschaftler, Handwerker, Architekten, Ingenieure. Kein Land verliert so viele gut ausgebildete Akademiker an andere Industrieländer wie die Bundesrepublik.

Warum ist das so? Vor allem die Risikobereitschaft und die Entscheidungsfähigkeit kehren dem Land den Rücken. Das sind genau jene Unternehmertypen, die jede Gesellschaft braucht, wenn sie sich dynamisch entwickeln will.

Zu viel bürokratische Gängelung, klagen die Handwerker. Zu wenig berufliche Perspektiven, klagen die Facharbeiter. Zu verkrustete Strukturen an den Universitäten, klagen die Wissenschaftler. Immer häufiger denken auch Familien über Auswanderung nach, weil sie für ihre Kinder in Deutschland keine Zukunftschancen mehr sehen. „Das wird für mich hier nichts mehr“, ist ein Satz, den die Berater immer wieder hören, wenn bei ihnen Menschen vorsprechen, die darüber nachdenken, in ein anderes Land zu gehen.

Deutschland blutet langsam aus, weil es seinen Leistungsträgern immer weniger das Gefühl gibt, willkommen zu sein. Dabei braucht das Land gerade diese Menschen angesichts der demographischen Entwicklung dringend. Was wird getan, um sie zu halten? Bislang nicht viel. Schon die zaghafte Versuche, Deutschland für gut qualifizierte Einwanderer aus anderen Ländern

attraktiv zu machen, sind ergebnislos gescheitert. Die Klagen der Abwanderer richten sich gegen die leistungsfeindliche Umverteilung des Sozialstaats, gegen die jede Initiative abwürgende Überregulierung und gegen die mangelnde Bereitschaft zur Veränderung. Es müßte sich an den Strukturen im Lande etwas ändern, wenn engagierte Existenzgründer mehr Freiheit wollen. Davor scheut die regierende große Koalition aber noch stärker zurück als die Vorgängerregierung.

Die Abwanderung ist zwar noch nicht so stark, daß sie akut wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand bedroht. Was aber passiert, wenn die Auswanderer erzählen, wie gut es ihnen in der neuen Heimat geht? Dann wird sich der Trend zur Abwanderung verstärken, wenn hierzulande alles beim alten bleibt. Die langfristigen Folgen für Wohlstand und Entwicklung sind noch dramatischer, weil auf der anderen Seite kaum qualifizierte

Ausländer zuwandern. Wer nach Deutschland kommt, ist in der Regel arm, ungelern und wenig gebildet. Deutschland hat eine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme. Mit Hartz IV kann mancher Ungelernte hier besser leben als von seiner Arbeit im Heimatland.

Diese Zuwanderung in die Sozialsysteme verstärkt den Druck auf die jungen Handwerker, Facharbeiter, Wissenschaftler und Ingenieure, die bleiben. Sie finanzieren immer mehr Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Mehr Steuern und Abgaben sind die Folge. Gleichzeitig wuchert die Bürokratie. Je mehr sich diese Leistungsträger ausgebeutet fühlen, desto eher werden sie sich verweigern – und am Ende auch abwandern.

Noch steht die Entwicklung erst am Anfang. Werden die Klagen der Abwanderer aber nicht ernst genommen, kann die Auswanderungswelle schnell zur Lawine werden.

Deutschland blutet aus, weil es seinen Leistungsträgern nicht das Gefühl gibt, wohlgekommen zu sein.

Marktversagen

WIRTSCHAFT Zu „Wer wird denn gleich in die Luft gehen“ von Patrick Welter (25. Juni):

Das ist der seltsamste Artikel, den ich in diesem Jahr bei Ihnen gelesen habe. Ich dachte immer, die Ökonomie sei eine Wissenschaft. Aus dem Artikel über den Nichtraucherschutz spricht aber überwiegend eine Weltanschauung, nämlich die, daß der Mensch einen freien Willen habe und vernünftig handle. Gleichzeitig klingt eine Art arrogante Staatskritik an, der Art, daß es der Autor nicht nötig habe, sich vom Staat außer dem Gang zum Einwohnermeldeamt irgend etwas vorschreiben zu lassen, weil er über dem geistigen Reife verfügt, daß er keine Vorschriften braucht. Dazu gratuliere ich herzlich. Bedenken Sie aber bitte, daß die Mehrheit der Bevölkerung möglicherweise Ihr Niveau nicht hat. Nach Ihrer Diktion wäre auch die Gurtspflicht oder eine rote Ampel ein Anschlag auf die vernünftige Selbstbestimmung des Menschen und der Beweis für eine Diktatur. Albern, nicht? Ein Unding finde ich, daß Sie von einem „Scheinproblem“ reden. Glauben Sie mir, es ist ein echtes Problem. Und das Märchen, daß die Kräfte des Marktes alles regeln, habe ich schon zu oft gehört, um noch daran zu glauben. Die „verrauchte Bar“, von der Sie reden, interessiert mich nicht. Aber wenn in einem geschlossenen Raum, wo andere Leute speisen, geraucht wird, halte ich das Rauchen für hirnlos, herzlos, niveaulos, respektlos und sozial. Auch wenn es nicht gesundheitsschädlich wäre, sondern einfach nur stinken würde. Es geht hier auch um Höflichkeit und Kultur; die regelt der Markt wohl eher nicht. Eine Sucht wird sich ungebremst beziehungsweise nach Marktkriterien immer Bahn brechen. Ein Süchtiger kann sich ja eben nicht mehr ohne weiteres einer Verstandesentscheidung bedienen.

Uwe Vogel, Herrenberg

Bilanzsumme

WIRTSCHAFT Zum Interview mit Josef Ackermann „Auch Deutsche wollen zu den Gewinnern zählen“ (2. Juli):

Mit Ihren Fragen haben Sie den Finger auf die wunden Punkte gelegt, und Herr Ackermann hat sie nicht oder nur ausweichend beantwortet. Natürlich soll auch die Deutsche Bank wirtschaftlicher arbeiten. Aber die Kausalität zwischen Gewinnsteigerung und Personalabbau ist doch keineswegs zwingend, vor allem nicht auf lange Sicht. Das zeigt die Übersicht über die



„Ersetzbar“: Josef Ackermann Foto Helmut Fricke

größten Kreditinstitute Europas in der F.A.Z. vom 4. Juli. Danach ist die Deutsche Bank im letzten Jahr in der Bilanzsumme vom sechsten auf den achten Platz gesunken, im Jahresüberschuss sogar auf den 16. Platz, und das alles gegenüber Konkurrenten, die keineswegs ihr Personal so drastisch abgebaut haben wie die Deutsche Bank! Insofern dürfte die in Ackermanns letzter Antwort eröffnete Ansicht, daß „jeder Mensch natürlich ersetzbar ist“, sowohl bei Mitarbeitern wie bei Aktionären Hoffnung wecken.

Hans Heidelberg, Hohwacht

Dauerauftrag

WIRTSCHAFT Zu „Geben ist seliger denn nehmen“ von Thiemo Heeg (2. Juli):

Neben Interessantem findet sich in dem Artikel eine Schlußpassage, die auf eine

Warum bin ich nur so irrational?

Fitnessstudiobesucher ahnen es: Sie überschätzen ihren Willen und bezahlen zu viel Geld

Er ist das Ideal klassischer Ökonomen: der „Homo oeconomicus“, ein Mensch, der nach der Maximierung seines Nutzens strebt und sich dabei stets rational verhält. Der Homo oeconomicus, so besagt die Theorie, unternimmt nichts, was seinen Präferenzen zuwiderläuft, und trifft seine Entscheidungen in Abwägung der verfügbaren Informationen. Adam Smith, schottischer Philosoph und Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre, stellte den auf Eigennutz konzentrierten Menschen in den Mittelpunkt seiner Arbeit: „Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, daß sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil“, schrieb Smith im 18. Jahrhundert.

Mehr als 200 Jahre später ist die ökonomische Wissenschaft zu der Einsicht gelangt, daß Menschen sich nicht immer im strengen Sinne rational verhalten, zumindest nicht mit Blick auf die monetären Folgen ihrer Entscheidungen. Einen Beleg



VON CLAUD TIGGES

für diese „eingeschränkte Rationalität“ haben jüngst Stefano Della Vigna von der Universität von Kalifornien in Berkeley und Ulrike Malmendier von der Stanford University geliefert. Die beiden Wissenschaftler haben unter dem Titel „Paying Not to Go to the Gym“ eine Analyse veröffentlicht über das Verhalten von Mitgliedern amerikanischer Fitnessclubs.

„Das Verhalten der Konsumenten ist mit normalen Präferenzen und Einschätzungen schwer in Einklang zu bringen“, schreiben Della Vigna und Malmendier. Die beiden haben eine Datensammlung von drei Fitnessclubs in der Gegend von Boston ausgewertet und sind zu einigen verblüffenden Ergebnissen gekommen. Von den Sportclubs wurden drei verschiedene Zugangsmöglichkeiten (Verträge) angeboten: eine monatliche Mitgliedschaft zum Preis von 70 (Sonderangebot) bis 85 (Normalpreis) Dollar, die sich so lange jeweils um einen Monat verlängert, bis das Mitglied kündigt; eine Jahresmitgliedschaft zum Preis von 850 Dollar (ein Rabatt von 170 Dollar im Vergleich zur Monatsmitgliedschaft), die automatisch ausläuft,

falls nicht ausdrücklich verlängert wird; und die Bezahlung je Besuch zum Preis von je 12 Dollar sowie eine Zehnerkarte für 100 Dollar.

Zum einen zeigte sich, daß Mitglieder, die eine Monatsmitgliedschaft für 70 Dollar oder mehr wählten, durchschnittlich 4,3 Mal im Monat ins Studio kommen. Damit beträgt ihr Preis je Besuch mehr als 17 Dollar. Es wird sofort klar, daß diese Fitnessfans mit einer Zehnerkarte deutlich besser dran wären. Während der Mitgliedschaft, so haben die beiden Ökonomen ausgerechnet, geben diese Besucher durchschnittlich 600 Dollar mehr aus, als sie müßten. 80 Prozent der Monatsmitglieder hätten sich – dieselbe Anzahl von Besuchen im Studio unterstellt – mit der Bezahlung je Besuch bessergestellt.

Natürlich haben sich die beiden Autoren nicht mit diesen Ergebnissen zufriedengegeben, sondern nach einer Erklärung gesucht. Zum einen könne es sein,

daß die Konsumenten einen Pauschalbetrag der Bezahlung je Besuch vorzögen, weil sie gerne Gewißheit über die Kosten hätten. Angesichts des relativ geringen Monatsbeitrags könne aber davon ausgegangen werden, daß die Verbraucher hier „risikoneutral“ seien. Eine andere mögliche Erklärung liege in den sogenannten Transaktionskosten: Die Kunden könnten es als mühevoll empfinden, jedesmal oder in Form einer Zehnerkarte zu bezahlen.

Auch diese Erklärung sei aber nicht überzeugend: Beim Kauf einer Zehnerkarte müsse nur einmal ein kurzes Formular ausgefüllt werden. Unter allen denkbaren Erklärungen scheint den beiden die der Selbstüberschätzung am vernünftigsten. Viele Kunden kämen mit (zu) hohen Erwartungen an den Willen zur körperlichen Erhöhung und kauften darum eine Monats- oder gar Jahresmitgliedschaft. Hinzu komme eine Überschätzung der Bereitschaft, die Form der Mit-

gliedschaft an die tatsächlichen Trainingsgewohnheiten anzupassen.

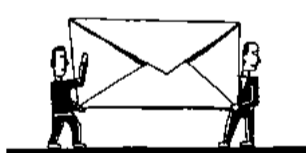
Die Ergebnisse der Studie sind aus einer Reihe von Gründen von Bedeutung: Sie können Fitnessclubs (und natürlich anderen auf Gewinnerzielung ausgerichteten Unternehmen), deren Kunden sich nicht vollständig rational verhalten, einen Hinweis auf die bestmögliche Vertragsgestaltung geben. Ein Aspekt in diesem Zusammenhang ist die automatische Verlängerung der Mitgliedschaft, verbunden mit Transaktionskosten im Fall der Kündigung. „Und unsere Ergebnisse haben Implikationen für die Debatte über Fettleibigkeit: Die Subventionierung von Fitnessstudiomitgliedschaften wird angesichts der geringen Zahl der Besuche hier nur geringe Erfolge bringen“, schreiben Della Vigna und Malmendier.

Literatur: Stefano Della Vigna und Ulrike Malmendier, Paying Not to Go to the Gym, in: The American Economic Review, June 2006, pages 694-719.



Illustration Alfons Holtgreve

LESERBRIEFE



amerikanische Debatte Bezug nimmt, aber zu einem groben Mißverständnis des Stiftungswesens verleiten könnte. Es heißt dort: „Was bringt ein Stiftungsvermögen, wenn es nicht nach fünf oder zehn Jahren seinen Zweck erfüllt hat? Denn dann droht ein bürokratisches Gebilde, das sich ständig neue Existenz-Legitimationen sucht.“ Stiftungen verfolgen mit den Erträgen ihres Vermögens auf Dauer (!) Aufgaben, die eben nicht in fünf oder zehn Jahren erledigt sind – also Daueraufgaben wie die Förderung wissenschaftlicher Spitzenleistungen oder die Ermöglichung eines menschenwürdigen Sterbens in einem Hospiz. Daß auch eine Stiftung effektiv und wirtschaftlich geführt werden muß, ist doch ein anderes Thema und eine Selbstverständlichkeit. Stiftungen brauchen sich nicht ständig neue Existenzlegitimationen zu suchen; in ihrer Satzung ist mit dem Satzungszweck eine Legitimation gegeben, theoretisch für Jahrhunderte.

Gerold Dieke, Kronberg

Verlust

FEUILLETON Zu „Gut gemeint und voll daneben“ von Nils Minkmar (2. Juli): Im Gespräch mit Nils Minkmar beklagt Gabi Latte, die Tochter des ehemaligen Dirigenten und Gründers des „Berliner Barockorchester“, Konrad Latte, daß ein Jahr nach seinem Tod im „Tagesspiegel“ gegen ihren Willen ein Nachruf auf ihren Vater erschien. Dieser Nachruf ist auf meine dringende Initiative zustande gekommen. Durch Zufall hatte ich im Herbst 2005 in der „Gedenkstättte Deutscher Widerstand“, Berlin, erfahren, daß Konrad Latte bereits im Mai des gleichen Jahres gestorben und anonym beigelegt worden sei. Von seiner Frau Ellen wußte ich von ihrer gemeinsamen Verfügung, anonym bestattet zu werden. El-

lens Tod hatte man den Freunden freilich über eine Anzeige bekanntgegeben. Daß nun Konrad sang- und klanglos aus dem öffentlichen Gedächtnis gestrichen werden wollte, fand ich traurig. Dem Argument seiner Tochter, ihr Vater sei „doch schon jahrelang keine öffentliche Person mehr“ gewesen, muß ich entschieden widersprechen. Nicht nur erinnern sich viele Musikfreunde seiner Konzerte mit dem Berliner Barockorchester, das er als Dirigent über 40 Jahre geleitet hat. Auch der Dokumentarfilm von Irmgard von zur Mühlen („Überlebenskampf unterm Hakenkreuz“, 1999) und das von Konrad und Ellen freigegebene Buch von Peter Schneider über ihn („Wenn wir nur eine Stunde gewinnen“, 2001) sind vielen Menschen noch erschütternd präsent. Darum habe ich Peter Schneider, der Konrad Latte in vielen Gesprächen nahegekommen ist, auch gedrängt, einen Nachruf zu schreiben. Es kann, so nahm ich und nehme es weiter an, eine Tochter nicht verletzen, wenn ein Jahr nach seiner anonymen Bestattung ein Nachruf auf ihren Vater erscheint, in dem er posthum geehrt wird. Nichts in diesem Nachruf berührt Familiäres oder gar Intimes. Nach Konrad Lattes beispiellos harten Jahren als jüdisch Gebrandmarkter im Untergrund während der Nazizeit und nach einem Le-

ben für die Musik, für sein Orchester, nach dem Krieg, hat er es verdient, daß wir dieses außergewöhnlichen Menschen und Künstlers noch einmal gedenken.

Karin Friedrich, Gauting

Unternehmensführer

POLITIK Zu „Der Letzte“ von Wulf Schmiese (2. Juli):

Quer durch alle Parteien wird der Kopf geschüttelt oder gar mitleidvoll geraunt über das Amtsverständnis und den rhetorischen Stil von Horst Köhler. Seine Interventionen in die Tagespolitik haben etwas rührend Naives an sich. Der Mann



„Ihm bleibt noch Zeit für die Rolle“: Horst Köhler Foto dpa

meint es ja wirklich gut mit Deutschland. Eine Mischung aus Oberlehrerattitüde und politischer Naivität verschlägt mitunter dem Bürger die Sprache. Köhler muß

sich nun einmal an Männern wie Heuss, Heinemann, von Weizsäcker, Herzog und Rau messen lassen. Diese haben das Bundespräsidentenamt mit einer repräsentativen Würde ausgeübt, die peinlich darauf achtete, nicht in die „Niederungen“ des Parteienhaders hinabgezogen zu werden. Ungeachtet ihrer vorangegangenen Verwurzelung in einem bestimmten politischen Lager haben diese Bundespräsidenten nach ihrer Amtseinführung Aquidistanz zu den Parteien zu halten vermocht. Horst Köhler hingegen meint, Staat und Gesellschaft Deutschlands wie ein Unternehmen oder eine Körperschaft technokratisch-administrativ anführen zu können. Innerhalb der fünfjährigen Amtszeit bleibt aber noch Zeit für ihn, sich in die (moralische) Mahner- und auch Versöhnerrolle einzubüßen, die die meisten seiner Vorgänger vorbildlich auszufüllen verstanden.

Sigurd Schmidt, Bad Homburg

Strafe

POLITIK Zu „Ohne Vertrauen kein Frieden“ von Michael Borgstede (25. Juni):

Ich bin – mit Verlaub – wütend, was Israel da in den Palästinensergebieten veranstaltet. Das ist Staats-Terror und trifft viele Unschuldige. Die Fundamentalisten aus den palästinensischen Reihen können sich freuen; Israel treibt ihnen die Gemäßigten geradezu in die Arme. Die Waffen, geliefert aus den Vereinigten Staaten, zerstören sinnlos Infrastrukturen, und die EU darf zahlen. Natürlich befreit das Schicksal des entführten israelischen Soldaten; dies aber kann nicht zu einer Gruppen-/Kollektivstrafe führen.

Sven Jösting, Hamburg

Leserbriefredaktion der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, 60267 Frankfurt/Main. E-Mail-Adresse: Sonntagszeitung_Politik@faz.de

Um möglichst viele Leserbriefveröffentlichungen zu ermöglichen, sind wir leider häufig gezwungen, sie zu kürzen. Wir lesen alle Briefe sorgfältig und beachten sie, auch wenn wir sie nicht beantworten können.